

"Atomenergie und die Zukunft Europas" in Foreign Affairs (Juli 1956)

Legende: Im Januar 1960 antwortet der amerikanische Diplomat George F. Kennan auf einen im September 1959 in der amerikanischen Zeitschrift für Geopolitik Foreign Affairs erschienenen Beitrag Nikita Chruschtschows, indem er die Politik der Sowjetunion heftig kritisiert und deren führende Politiker der Unaufrichtigkeit beschuldigt.

Quelle: Foreign Affairs. An American Quaterly Review. July 1956, No 4; Vol.34. New York: Council of Foreign Affairs. "Atomic Energy and the Future of Europe", auteur:Armand, Louis , p. 655-664.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/atomenergie_und_die_zukunft_europas_in_foreign_affairs_juli_1956-de-9afae75e-4696-4a46-912d-448b9b2boecc.html



Publication date: 06/07/2016

Atomenergie und die Zukunft Europas

Von Louis Armand

Wie werden die europäischen Länder den durch die Entwicklung der Atomenergie entstandenen industriellen Wandel bewältigen? Wird dieser Prozess zum Aufbau eines vereinten Europas beitragen? Und wenn ja, in welcher Art und Weise? Diese Fragen konnte man noch vor ein paar Jahren nicht vorhersehen, heute jedoch geben sie in den Regierungen der westlichen Welt Anlass zu dringenden Debatten.

Die technische Entwicklung schreitet so rasant voran, dass sie auf die meisten großen Fragestellungen unserer Zeit weit reichende und häufig auch unangenehme Auswirkungen hat. Die Bezugspunkte bei der Definition der Außenpolitik ändern sich ohne Unterlass. Dabei müssen sich Länder mit einer Geschwindigkeit und einer Flexibilität anpassen, die mit ihrer traditionellen Regierungsweise nicht in Einklang stehen. Dies war beispielsweise der Fall, als im Nahen Osten große Mengen Erdöl entdeckt wurden. Und heute zeigt es sich erneut mit der Entwicklung der Atomindustrie. Es könnte in einem noch stärkeren Ausmaß zum Tragen kommen, wenn Sonnenstrahlen zur Erzeugung von Bewegungsenergie und Nahrungsmitteln genutzt werden können.

Die Atomenergie stößt derzeit auf dem europäischen Kontinent auf höchstes Interesse, weil sie uns die Lösung eines doppelten Problems ermöglicht, das immer akuter wird und für das wir bisher noch keine praktische Lösung besitzen. Zunächst einmal verbrauchen die europäischen Länder mehr und mehr Energie (eine Steigerung von 40 Prozent in den letzten 25 Jahren), obwohl der Pro-Kopf-Verbrauch noch immer relativ niedrig ist (2,5 Tonnen Kohle pro Jahr im Vergleich zu 7,6 Tonnen in den Vereinigten Staaten). Und weil zwischen Energieverbrauch und Lebensstandard ein direkter Zusammenhang besteht, müssen Anstrengungen unternommen werden, um die Wachstumsrate zu verbessern. Doch Europa kann seinen gegenwärtigen Bedarf nicht länger decken. Es importiert fast seinen gesamten Ölbedarf (95 Prozent) aus dem Nahen Osten und wird auch künftig auf diese Quelle angewiesen sein, wenn es eine Politik der nachhaltigen ökonomischen Entwicklung beibehalten will. Zweitens ist Energie aus inländischen Rohstoffquellen diesseits des Atlantiks teurer als in den Vereinigten Staaten (Bestimmte Kohlesorten kosten beispielsweise 15 Dollar pro Tonne, gegenüber 6 Dollar), und dieser Unterschied wird sowohl bei der Kohle als auch bei der Wasserkraft noch gravierender werden. Tatsache ist, dass in Europa die besten Kohleflöze und Energiequellen bereits genutzt werden und neue, noch zu erschließende Vorräte mit Ausnahme einiger weniger Länder kaum rentable Erträge bieten werden.

Deshalb waren alle, die um die Schwierigkeiten der europäischen Wirtschaft wussten, ungeheuer erleichtert, als Atomwissenschaftler vor einigen Jahren erklärten, sie würden innerhalb relativ kurzer Zeit in der Lage sein, große Energiemengen zu so niedrigen Nettokosten zu erzeugen, dass man damit gegenüber bestehenden Energiequellen wettbewerbsfähig sei. Da zudem herkömmliche Energiequellen in Europa teurer und nicht in so großen Mengen vorhanden sind wie in Amerika, war es nur zu logisch davon auszugehen, dass diese neue Energieform zuallererst diesseits des Atlantiks zum Einsatz käme.

Der Unterschied zwischen beiden Kontinenten hinsichtlich der Eile, mit der sie das Problem der Nachfrage und des Preises zu lösen versuchen, wird dadurch deutlich, dass die Amerikaner sich bemühen, den besten Reaktor zu finden und verschiedene Prototypen zu perfektionieren, während die britische Regierung sich auf den einfachsten Typ (natürliches Uran und Graphit) konzentriert, um so schnell wie möglich große Mengen Energie herstellen zu können. Die Briten hoffen, im Jahre 1965 jeden Monat den Gegenwert von acht bis zehn Tonnen Kohle an Atomenergie zur Verfügung zu haben.

Das britische Beispiel sollte von den europäischen Ländern sorgsam untersucht werden, denn anhand dessen zeigt sich nicht nur, warum die friedliche Nutzung des Atoms als Energiequelle in ihrem Interesse liegt, sondern auch, warum sie dies so schnell wie möglich tun müssen. Der eigentlichen Energieerzeugung muss zunächst unweigerlich eine Organisationsphase vorausgehen, in der die Schwerpunkte auf die Forschung und den industriellen Umwandlungsprozess gelegt werden. Es müssen also jetzt eine Reihe wichtiger Entscheidungen getroffen werden, wenn die Atomenergie innerhalb eines absehbaren Zeitraums – etwa zwanzig Jahre – in der europäischen Wirtschaft wirklich eine wesentliche Rolle spielen soll.

Viele Menschen, die sich der damit verbundenen technischen Probleme nicht bewusst sind, haben angesichts eines solch langen Zeitraums den Blick für die Dringlichkeit der Lage verloren. Erst im Mai 1954 war in einem für den Rat der OEEC erstellten Bericht von der Notwendigkeit der unverzüglichen Einrichtung einer Kernforschungsgruppe die Rede. Der Vorschlag wurde angenommen, und ein Ausschuss zur Bestimmung der bestmöglichen Formen der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten übermittelte dem Rat bei dessen Tagung im Februar 1956 seine Ergebnisse.

Gleichzeitig beschlossen die sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl auf ihrer Konferenz in Messina im Frühjahr 1955, besagtes Problem auf ihre Tagesordnung zu setzen. Daraufhin begann eine Expertenkommission auf Initiative des Regierungsausschusses unter dem Vorsitz Paul-Henri Spaaks unverzüglich mit umfangreichen Studien, die den Außenministern der sechs Länder im Folgenden in Form eines allgemeinen Berichts zur Beratung vorgelegt wurden.

Ferner beschloss das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa am 18. Januar 1956 auf Empfehlung seines Vorsitzenden Jean Monnet, den Parlamenten der Länder der Gemeinschaft für Kohle und Stahl eine Erklärung zur Billigung vorzulegen, in der sie die „Regierungen auffordern, unverzüglich ... einen Vertrag“ zur „Sicherstellung der ausschließlich friedlichen Entwicklung der Atomenergie“ abzuschließen“. Im März und April gab es in Deutschland, Belgien und den Niederlanden positive Abstimmungen; das französische, italienische und luxemburgische Parlament hatten sich zu dem Zeitpunkt, als dieser Artikel verfasst wurde, noch nicht geäußert.

Gleichzeitig trugen die europäischen Staaten auch zur Arbeit der Internationalen Atomenergieorganisation der Vereinten Nationen bei. Daran zeigt sich, dass das Problem im Mittelpunkt unserer Sorgen in Europa steht.

II

In all diesen Studien, in denen so viele gemeinsame Hoffnungen zum Ausdruck kommen, sind auch eine bestimmte Zahl von Ideen auszumachen, die ebenfalls allen gemein sind. So geht jedes Projekt von der gleichen Feststellung aus: Keines der betroffenen Länder ist allein in der Lage, die für die zufriedene Entwicklung einer Atomindustrie notwendigen Investitionen aufzubringen. Die Einmütigkeit über diesen Punkt ist äußerst bemerkenswert. Genauso ist man sich über die Notwendigkeit einig, eine Agentur mit folgenden Hauptaufgaben zu gründen:

1. Koordinierung der Programme und Förderung der Forschung. Die Organisation würde verhindern, dass Unternehmen und Forschungszentren in den verschiedenen Ländern unerwünschte Doppelarbeit leisten, und sie auf Gebiete lenken, die bisher noch unzureichend erschlossen sind. Im Rahmen dieser koordinierenden Rolle würde die Organisation auch die effizientere Verwendung bestehender Anlagen, die Gründung gemeinsamer Unternehmen zum Bau verschiedener Reaktortypen und die Normierung von Anlagen fördern, damit die Industrie so produktiv wie möglich arbeiten kann.
2. Förderung des freien Austausches von Wissen und technischen Fachkräften sowie Gewährleistung des gleichen Zugangs zu Informationen. Dies wäre der erste Schritt in Richtung einer echten internationalen technischen Zusammenarbeit. Im gleichen Zug würden Teilnehmerländer, die mit Nicht-Mitgliedstaaten bilaterale Abkommen zum Informationsaustausch unterhalten, letztere um eine Genehmigung ersuchen, diese Informationen an andere Mitgliedstaaten weiterzugeben. Die Organisation würde auch Patentrechte schützen und dafür sorgen, dass Patentinhaber die industrielle Anwendung neuer Technologien weder verhindern noch einschränken.
3. Einrichtung von Schulungszentren zur Ausbildung von Fachkräften auf den verschiedenen Gebieten der Kernforschung und Ingenieurtechnik, wie z. B. Prospektierung von Bodenschätzen, Herstellung nuklearer Stoffe außergewöhnlicher Reinheit, Entwicklung von Methoden zur Behandlung von Metallen nach Bestrahlung sowie Herstellung und Verwendung radioaktiver Isotope. Nach Auffassung der Brüsseler Experten sollten diese Schulungszentren für Fachkräfte mit einer Normungsbehörde und vor allem einem

Forschungszentrum kombiniert werden.

4. Festlegung wissenschaftlich fundierter Gesundheits- und Sicherheitsstandards zum Schutz der Bevölkerung und der Arbeiter in Bergwerken und Kernkraftwerken.
5. Finanzierung der Schaffung oder der schnellen Entwicklung einer fehlender Grundausrüstung in Ländern, die kein militärisches Atomprogramm unterhalten. Die Einrichtung einer solchen Grundlage bildet die Grundvoraussetzung für die umfassende Entwicklung der Industrie, setzt aber gleichzeitig Investitionen voraus, welche die Mittel privater Unternehmen oder sogar einzelner Regierungen überschreiten. Unter den in Brüssel verabschiedeten Projekten wurden einer Uran-Isotopentrennanlage und einer weiteren Anlage zur chemischen Behandlung bestrahlten Urans Priorität eingeräumt.
6. Gewährleistung des freien und angemessenen Zugangs zu neuen Stoffen über einen gemeinsamen Markt, insbesondere Zugang zu natürlichem oder angereichertem Uran, Thorium und ihren aus Reaktoren gewonnenen Nebenprodukten wie Uran- und Plutoniumisotopen.
7. Kontrolle der Verwendung spaltbarer Stoffe.

In puncto Organisation unterscheiden sich die Ideen der OEEC beträchtlich von denen des Brüsseler Regierungsausschusses. Dieser beabsichtigt die Schaffung einer Organisation mit Befugnissen, die ohne Weiteres als „supranational“ bezeichnet werden könnten. Sie könnten aber genauso als simple Befugnisse zur Erteilung von Weisungen betrachtet werden, die einer „Exekutiven“ zur Erfüllung einer genau definierten Aufgabe übertragen werden, insbesondere zur Förderung der Gründung von Verbänden, die zur bestmöglichen Entwicklung der Atomindustrie unerlässlich sind. Diese bereits „Euratom“ getaufte Behörde wäre der politischen Versammlung der Kohle- und Stahl-Gemeinschaft gegenüber verantwortlich und unterläge der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Hohen Behörde.

Es wird vorgeschlagen, dass Euratom über ihr eigenes Budget verfügen sollte, mit dem nicht nur die oben beschriebenen gemeinsamen Anlagen, sondern auch ein Großteil der in den einzelnen Ländern eingeleiteten Maßnahmen finanziert würden. Dies ist besonders wichtig, zumal solche Maßnahmen nicht überall auf die gleiche Weise finanziert werden – in Frankreich zum Beispiel ist die Energieerzeugung verstaatlicht, in den übrigen fünf Ländern jedoch nicht.

Der Euratom-Haushalt soll auch zur Finanzierung des Kaufs von Uran und Thorium verwendet werden – eine notwendige Bestimmung zur Kontrolle des spaltbaren Materials. Der Brüsseler Ausschuss misst der Schaffung dieses gemeinsamen Marktes große Bedeutung bei, denn er stellt eine wünschenswerte Grundeinheit in der Wirtschaftspolitik der sechs Länder dar. Schließlich muss Euratom die Ausgaben für Anlagen zur Wiederaufbereitung radioaktiven Materials tragen. Weil sich diese Anlagen in ihrem Besitz befinden werden, wird sie gegenüber den europäischen Unternehmen die gleiche Rolle spielen wie die *Atom Energy Commission* gegenüber den Unternehmen in den Vereinigten Staaten.

Es wird außerdem vorgeschlagen, dass der Vertrag zur Gründung von Euratom von den betroffenen Regierungen in den nächsten Monaten unterzeichnet und den Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt wird. Optimistischen Einschätzungen zufolge könnten diese Institutionen dann im Jahre 1957 eingerichtet werden.

III

Das Euratom-Vorhaben gab Anlass zu ausgiebigen Debatten, bei denen der Standpunkt seiner Gegner deutlich wurde.

Zu diesen Gegnern gehören zunächst all jene, die ganz allgemein gegen die Schaffung eines wirtschaftlich geeinten Europas sind. Es gibt sie in allen Ländern, aber es sind zu wenige und sie haben zu wenig Gewicht in dieser Angelegenheit angesichts der Aussagen von Fachleuten und Wirtschaftsexperten, denen zufolge eine europäische Gemeinschaft auf diesem Gebiet unbedingt notwendig ist. Überdies besitzt ihr Widerstand in diesem Fall nicht die Unterstützung von Interessengruppen, die sich an ihre Errungenschaften zu

klammern versuchen. Mit anderen Worten: Die Situation unterscheidet sich grundlegend von der der Kohle- und Stahl-Gemeinschaft, die die schwierige Aufgabe hat, die Praktiken großer, lange Zeit miteinander konkurrierender Industriezweige zu koordinieren. Im Bereich der Kernenergie dagegen werden wir bei Null anfangen.

Die Konzentration Euratoms auf die friedliche Nutzung der Atomenergie hat aber auch Anlass zu heftigen Kontroversen gegeben, deren Unterton vermuten lässt, dass einige den alten Streit über die EVG wieder ausgraben möchten. Das Problem ist in Wirklichkeit sehr heikel, denn die Haltung der französischen Regierung werden wir erst dann wirklich kennen, wenn der Vertragstext endgültig Gestalt annimmt.

Zum jetzigen Zeitpunkt können wir sagen, dass es realisierbar scheint, die Zustimmung der sechs Länder zu einem Kontrollplan zu erhalten, der sich ausschließlich auf die friedliche Nutzung der Atomenergie beschränkt. Was den endgültigen Verzicht auf Nuklearwaffen angeht, scheint dies schwieriger, weil niemand vorhersehen kann, inwiefern die Kernspaltung zu militärischen Zwecken verwendet werden kann. Neben Atombomben und Unterseebooten wurden bereits Artilleriesysteme getestet, und es gilt als wahrscheinlich, dass als nächstes ausschließlich defensive Waffensysteme folgen werden. Ein kürzlich vorgebrachter Vorschlag hat den Vorteil, dass die mögliche Teilnahme Europas und insbesondere Frankreichs an einem allgemeinen Abrüstungsprogramm in Betracht gezogen wird. Es wird vorgeschlagen, dass die Euratom-Mitgliedstaaten sich verpflichten sollten, fünf Jahre lang freiwillig auf die Herstellung von Atomwaffen zu verzichten, und dass danach die Frage erneut im Lichte der dann herrschenden politischen Lage und der technischen Fortschritte behandelt wird.

In Belgien und mehr noch in Deutschland gab das Euratom-Projekt Anlass zu einer ganz anderen Sorge. Denn hier obliegt die Stromerzeugung privaten Unternehmen. Genau wie die Chemiekonzerne fürchten die Stromerzeuger, dass die Aktivitäten einer internationalen Organisation die Tendenz zu Starrheit und Verstaatlichung noch verstärkt wird.

Die Antwort darauf ist schnell gefunden. Euratom stellt nämlich keine zusätzliche Bedrohung dar, weil die Verwendung spaltbarer Stoffe in jedem Fall der staatlichen Kontrolle unterliegen muss. Beweis dafür ist die Tatsache, dass sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Großbritannien die Regierung die Verwendung atomarer Rohstoffe überwacht, für die es darüber hinaus das Monopol besitzt. Dieses Recht ist unbestritten, da es auf dem engen Zusammenhang zwischen Atomindustrie und nationaler Verteidigung beruht; dieses Recht rechtfertigt sich zusätzlich, wenn Uran und Thorium Gegenstand internationalen Handels werden. Euratom steht nur für eine Art und Weise, wie die unvermeidliche Kontrolle ausgeübt werden könnte; aber auch die private Industrie kann sich bewusst werden, dass es in ihrem Interesse liegt, eine solche Kontrolle einer Organisation zu übertragen, die mit der Verwaltung der gemeinsamen Anlagen betraut ist und folglich Wissen und Kenntnisse über Fragestellungen der Industrie erlangen wird. Was die angeblich fehlende Flexibilität angeht, versucht der Brüsseler Regierungsausschuss Abhilfe zu schaffen und verfügt, dass die gemeinsamen Anlagen höchstens ein Fünftel der Gesamtinvestitionen beanspruchen dürfen. Jedes Land wird weiterhin über einen beträchtlichen Handlungsspielraum verfügen und so die beste Nutzung seiner eigenen technischen Ressourcen gewährleisten.

So kann man sagen, dass die sechs Regierungen über alle Aspekte des Problems umfassend informiert sind und somit gut gerüstet, um das Wesen und die Gründe der möglicherweise aufkommenden Einsprüche zu verstehen. Deshalb sind sie auch in der Lage, einen endgültigen Vertragstext zu verfassen, dessen Chancen auf eine möglichst schnelle Billigung gut stehen.

IV

Schließlich müssen wir noch die Frage untersuchen, wie das Euratom-Projekt sich mit den Ideen des OEEC-Rates verträgt. Tatsächlich waren die Standpunkte nie grundsätzlich verschieden. Alle, die am Wiederaufbau Europas beteiligt sind, haben ihren Wunsch nach Koordinierung der Initiativen unterstrichen. Sowohl in der OEEC als auch in Brüssel ist man sich mittlerweile einig, dass, wenn die sechs Länder der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl eine gemeinsame Organisation im Atombereich gründen, diese den Kern der europäischen Zusammenarbeit bilden sollte. Insbesondere wird sie zum rechtlichen Vertreter der sechs

beteiligten Länder. Dieser Standpunkt ist bereits in gewisser Weise offiziell abgesegnet worden, denn Paul-Henri Spaak sprach während der letzten Tagung der OEEC im Namen der Gemeinschaft.

Es muss jedoch eine klare Unterscheidung zwischen dem Vereinigten Königreich und den anderen Staaten außerhalb der Kohle- und Stahl-Gemeinschaft gemacht werden. Weil nämlich Großbritannien Atomwaffen herstellt, befindet es sich in einer ganz besonderen Lage. Diese Tatsache untermauert auch die eher traditionellen Gründe, die dazu führen, dass es abseits der gemeinsamen europäischen Unternehmungen bleibt. Doch besteht kein Zweifel daran, dass Großbritannien bei der Entwicklung der Nuklearindustrie auf dem Kontinent auf Grund seines Vorsprungs in der Atomtechnologie wertvolle Unterstützung bieten kann. Genau deswegen betonte der Expertenausschuss in Brüssel, dass Euratom sich um eine möglichst enge Zusammenarbeit bemühen solle. Die Bedeutsamkeit dieser Aussage wurde noch durch die Anwesenheit eines britischen Vertreters unterstrichen.

Im Laufe der OEEC-Verhandlungen zeigten auch andere Länder, insbesondere die Schweiz und Schweden, großes Interesse an den Kernenergieprojekten. Über die OEEC können solche Länder assoziierte Euratom-Mitglieder werden, sowohl für den Austausch technischer Informationen als auch für die Nutzung gemeinsamer Anlagen. Mit anderen Worten: Aktivitäten, an denen alle Länder und Institutionen teilnehmen können, wenn sie wollen.

Auf der anderen Seite scheint es aber nicht, dass die OEEC eine Organisation für den Kauf und den Vertrieb spaltbaren Materials nach der vom Brüsseler Ausschuss beabsichtigten Struktur aufbauen könnte (obwohl nicht ausgeschlossen ist, dass Verträge zwischen bestimmten Ländern und Euratom geschlossen werden). Bezüglich des gemeinsamen Marktes für Rohstoffe und Nuklearanlagen besteht zwischen der OEEC und den Ländern der Gemeinschaft vollständige Einigkeit – allerdings mit dem Unterschied, dass Euratom deren freien Verkehr wird erlauben dürfen, wohingegen sich die OEEC auf Empfehlungen beschränken muss.

V

Anhand dieser kleinen Zusammenfassung wird deutlich, dass auf dem Gebiet der Kernenergie mehr Anstrengungen als in allen anderen Bereichen unternommen werden, um dieses „kleine Europa“ der Sechs zum Kern eines größeren Europas zu machen. Genau deshalb wird Euratom mit großer Wahrscheinlichkeit die Zustimmung zahlreicher Europäer ernten – ein Punkt, der zu den bereits erwähnten Vorzügen hinzukommt.

Noch einmal: Technisch gesehen ist die Integration im Bereich der Kernenergie die bei weitem umstrittenste.

Es ist auch sehr unwahrscheinlich, dass sie mit etablierten Positionen in Konflikt gerät. Ziel ist die Einrichtung neuer Anlagen, egal ob im Rahmen der neuen Gemeinschaft oder im Rahmen der einzelstaatlichen Volkswirtschaften, immer jedoch mit der Idee, dass die Anlagen in jedem Land mit jenen der anderen Länder koordiniert werden.

Besonders im Bereich der Kernenergie ist der Einwand gegen zwischenstaatliche Kontrolle unberechtigt; denn eine solche Kontrolle ergibt sich in diesem Fall zwingend aus dem Wesen der Atomindustrie.

Die Gründung von Euratom wird letztendlich zur Schaffung von Strukturen und Maschinen führen, durch die eine weitere wirtschaftliche Integration sehr wohl beschleunigt werden kann. So wird die Einrichtung eines echten gemeinsamen Marktes in einem neuen Bereich, in dem die Aussichten auf Erfolg noch am besten sind, die Entwicklung eines allgemeinen gemeinsamen Marktes begünstigen. Darüber hinaus wird der Umfang des gemeinsamen finanziellen Unterfangens als Beispiel für andere, unserer Zeit angemessenen Investitionen dienen. Gleiches trifft für die Labors und das Forschungszentrum zu, das Euratom bereits plant und das sich möglicherweise als erste von vielen internationalen Universitäten erweisen wird. Folglich haben wir die berechtigte Hoffnung, dass Euratom mit seinen verschiedenen Aktivitäten und deren möglicherweise weit reichenden Auswirkungen zum Vorreiter einer europäischen wirtschaftlichen Einheit wird.

Alternativ dazu werden die europäischen Länder im Falle eines Scheiterns der Integration jedes für sich bilaterale Abkommen mit Ländern zu schließen versuchen, die auf dem Gebiet der Atomtechnologie weit fortgeschritten sind und über Vorräte an angereicherten Brennstoffen verfügen. Es liegt auf der Hand, dass solche Abkommen vor allem mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen werden. Dennoch darf die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, dass diese Abkommen zu einem späteren Zeitpunkt mit europäischen Staaten oder sogar mit Sowjetrußland abgeschlossen werden.

In jedem Fall wäre es für die europäischen Staaten schwierig, ihre geistigen und industriellen Ressourcen zur Nutzung der Kernenergie zu mobilisieren, falls Abkommen wie die kürzlich zwischen Belgien und den Vereinigten Staaten getroffene Vereinbarung zur Regel würden. Denn sie wären dann nämlich nicht mehr in der Lage, zur Entwicklung und Anwendung von Techniken beizutragen, sondern würden sich rasch in der Position von „Satelliten“ wiederfinden. Wie könnte ein zerstückeltes Europa dann die Probleme lösen, von denen seine Zukunft abhängt? Sowohl sein Wesen als auch seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wurden bereits durch die Tatsache, dass es beim großen „Ölabenteuer“ nichts zu sagen hatte, in Frage gestellt. Weitere Faktoren wie beispielsweise die Nichtbeteiligung am Bau eines Langstreckenflugzeugs haben ebenfalls zu seiner Schwächung beigetragen. Es liefe dann Gefahr, sein Geburtsrecht zu verlieren.

Westeuropa gilt noch immer zu Recht als das Zentrum westlicher Zivilisation und als eine der reichsten Quellen von Wissenschaftlern und Technikern. Dieses Potenzial sollte zur bestmöglich genutzt werden, um den Lebensstandard zu verbessern, und zwar nicht nur in hoch entwickelten Ländern, sondern in denen, einschließlich Russlands, wo die Umsetzung einer neuen Technologie einzig durch das Vorhandensein zahlreicher Ingenieure gewährleistet werden kann.

Auf Grund der Rolle, die die Atomenergie spielen wird, und auf Grund der politischen Begleitumstände ist Europa an einem Wendepunkt angelangt. Die Entscheidung über Euratom wird darüber befinden, ob der Kontinent eine für sein Schicksal günstige oder ungünstige Richtung einschlägt. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder gewinnen die Gegner an Boden und machen das Atomzeitalter zu einem Zeitalter der technologischen Sklaverei Europas oder wir erleben die Entstehung einer neuen Einheit und eines Vertrauens unter Nationen, die bis dato bei der Schaffung geistiger und materieller Reichtümer äußerst produktiv waren, was ihnen übrigens auch einen Umgang mit den neuen Weltmächten – allen voran mit den Vereinigten Staaten – auf Augenhöhe ermöglichte. Für Amerika ist es nicht von Vorteil, mit Partnern zusammenzuarbeiten, die ihre gesamte Stärke und Eigenheit verloren haben und weiterhin auf allerlei Unterstützung angewiesen sind. Die Vereinigten Staaten wird durch Beziehungen mit einer Gemeinschaft profitieren, die sich ihres eigenen Wertes bewusst ist, einem gleichberechtigten Partner, der seinen Verbündeten einen angemessenen Beitrag zum Austausch von Ressourcen und Ideen leistet.

Dies scheint auch die Ansicht Washingtons zu sein. Nach einer genauen Untersuchung der europäischen Frage und der Einschätzung dessen, was auf dem Spiel steht, sprachen sich auch die Vereinigten Staaten für Euratom aus. Hoffen wir, dass der Gründungsvertrag es den Vereinigten Staaten und Großbritannien erlauben wird, der Atomindustrie in Europa effektive Starthilfe zu leisten. Und hoffen wir auch, dass Europa im Gegenzug in diesem Bereich den Platz wird einnehmen können, der sich durch seine wissenschaftlichen und industriellen Traditionen rechtfertigt und der allein Europa in die Lage versetzt, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken.